

# Die Ärmsten bezahlen weiterhin Steuern

Die Kantone sind kreativ, wenn es darum geht, die Reichen steuerlich zu entlasten. Die Armen aber werden unverändert zur Kasse gebeten.

Von **Roland Schlumpf, Bern**

Der Ständerat hat sich gestern mit 38 gegen 8 Stimmen geweigert, auf eine parlamentarische Initiative einer Nationalratskommission einzutreten, welche die Steuerbefreiung des Existenzminimums zum Ziel hatte. Damit können die Kantone wie bisher auf Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen, Steuern einziehen. Bei der Bundessteuer beginnt die Steuerpflicht erst oberhalb des Existenzminimums.

Massgebend für den Entscheid des Ständerats war die Haltung der Kantone, die einer Kehrtwende gleichkommt. Im Rahmen des 2001 geschnürten Steuerpakets hatten sie gegen die Idee der Steuerbefreiung noch nichts einzuwenden. Zwar hatte das Volk die Vorlage 2004 an der Urne abgelehnt. Weitherum bestand aber Einigkeit, dass die Steuerbefreiung des Existenzminimums nicht zu den Stolpersteinen gehörte. Es war daher nicht mehr als logisch, diesen Punkt gesondert noch einmal aufzugreifen. Entsprechend hiess der Nationalrat im vergangenen Herbst das Anliegen mit 112 zu 46 Stimmen gut. Nur die Mehrheit der SVP-Fraktion und einige Freisinnige hatten sich damals im Nationalrat quer gelegt. Die zuständige Kommission verzichtete auf eine erneute Befragung der Kantone, was aber die entsprechende ständerätliche Kommission in der Zwischenzeit mit einer kleinen Vernehmlassung nachgeholt hat.

## Kantone pochen auf Autonomie

Dabei manifestierte sich breiter Widerstand. Gemäss Kommissionssprecher Urs Schwaller lehnten 17 Kantone das Ansinnen ausdrücklich ab. Sie vertraten die Ansicht, die Forderung sei in den meisten Kantonen auf die eine oder andere Art bereits erfüllt. Eine zusätzliche Regelung im Steuerharmonisierungsgesetz sei überflüssig, auch wenn die Einkommensschwelle, um Steuern bezahlen zu müssen, sehr unterschiedlich ist (vgl. Grafik). Diese Meinung vertrat im Rat auch der CVP-Mann Schwaller: «Die Regelung ändert in den meisten Kantonen nichts.» Zusätzlich, wenn nicht gar vor allem, schwang bei den Kantonen mit, dass sie sich nicht schon wieder die Autonomie beschneiden lassen wollten. Schwaller brachte es auf den Punkt: «Es ist ein weiterer Punkt, wo den Kantonen wieder drein角度redet wird.»

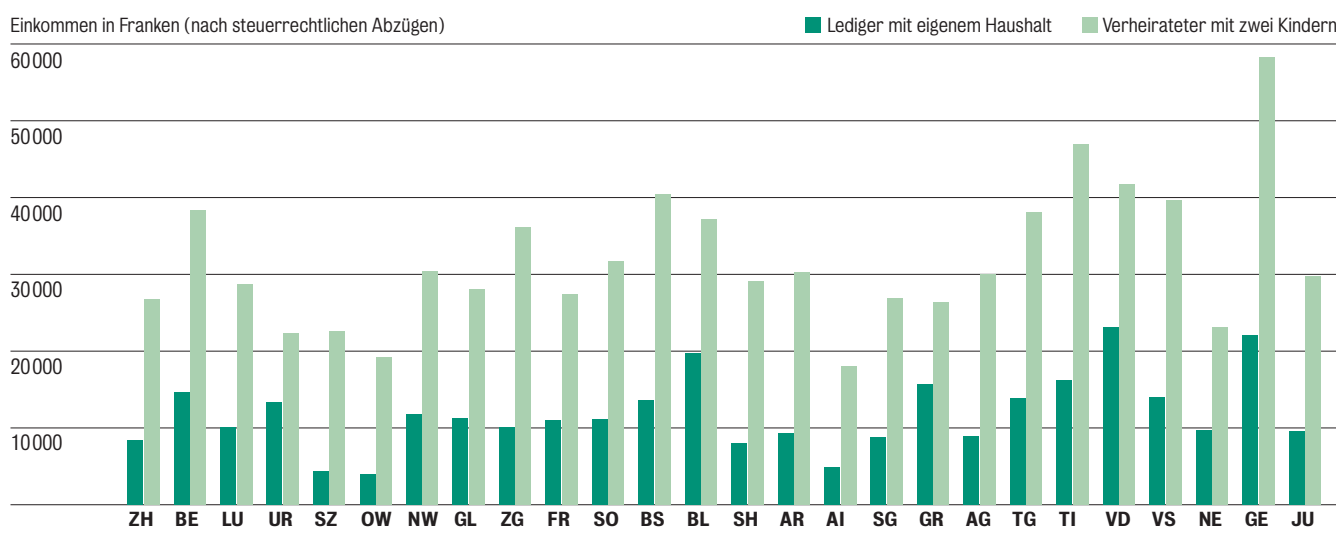
Eine Wende vollzog auch Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Im Nationalrat hatte er sich inhaltlich noch der grossen Mehrheit



BILD DIDIER RUEF/PIXSL

Auch für Personen mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums soll die Steuerpflicht gelten.

## Jeder Kanton hat das steuerfreie Einkommen anders festgelegt



TA-Grafik mt/Quelle: SGK Nationalrat, Mai 2006

angeschlossen, regte lediglich eine gesetzestechnische Änderung an und empfahl, die Kantone zu befragen. Der Widerstand der Kantone führte aber auch bei ihm zu einem Umschwung. Er war gestern auf der Seite der Gegner der Vorlage.

## SP verweist auf Widerspruch

Der Meinungsumschwung der Kantone seit dem Steuerpaket war nur der eine Kontrast in der gestrigen Debatte. Der andere resultiert aus den vielfältigen Bemühungen der Kantone, mit steuerlichen Entlastungen gut Verdienende anzulocken.

Die unterlegene Minderheit im Ständerat wies in der Debatte erstaunlicherweise nicht auf diesen Punkt hin. Angeführt von der Neuenburger SP-Vertreterin Gisèle Ory argumentierten die Unterlegenen

weitgehend auf der Linie des Nationalrats. Es sei ein wirksames Mittel, um die Armut zu bekämpfen. Dem widersprach Trix Heberlein von der FDP zwar nicht, doch will sie zuerst die Auslegeordnung abwarten, die das Parlament zum Thema Armut in Auftrag gegeben hat: «Wir haben keinerlei Übersicht.»

Die Basler SP-Frau Anita Fetz wies auf das Paradoxon hin, wenn jemand zu wenig verdiene, um davon leben zu können, aber dennoch Steuern bezahlen und vom Staat unterstützt werden müsse: «Es kann doch nicht sein, dass der Staat mit der einen Hand gibt und mit der anderen nimmt.» Bruno Frick aus dem Kanton Schwyz bereitet das keine Mühe. Für den CVP-Vertreter ist die «innere Beteiligung am Staat» derjenigen grösser, die Steuern bezahlen müssen, auch wenn es wenig ist.

Gleichzeitig hätte mit der Steuerbefreiung ein Systemfehler korrigiert werden sollen: Indem Erwerbseinkommen besteuert werden, die das Existenzminimum kaum oder gar nicht decken, resultiert bei den Ärmsten ein negativer Arbeitsanreiz. Zudem müssen Sozialleistungen gar nicht versteuert werden. Arbeit hingegen schon – sie werde bestraft, meinte Fetz.

All das nütze wenig gegen die Phalanx treu ergebener Vertreter bürgerlicher Provenienz. Sie vertrauen den Kantonen – insbesondere dem eigenen. «Es macht keinen Sinn, das Existenzminimum zu besteuern», hielt etwa der Thurgauer Philipp Stähelin wie die Linken fest. Der CVP-Vertreter aber ist überzeugt, dass dies auch gar nicht geschieht. Für ihn ist die Regulierung «schlicht und einfach nicht notwendig».

# Alpentransitbörse kommt trotz Wirbel voran

Nach verwirrenden Bemerkungen des österreichischen Verkehrsministers zur Alpentransitbörse fordert die Lastwagenlobby den Rückzug des Projekts. Doch die Alpenländer machen vorwärts.

Von **Helmut Stalder**

Österreichs neuer Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) hatte am Rande der Lötschberg-Eröffnung einige skeptische Bemerkungen zur Alpentransitbörse fallen lassen. Laut der «NZZ am Sonntag» sagte er, es sei ihm «ein Rätsel», wie der Handel mit Transitrechten für Lkw-Fahrten durch die Alpen funktionieren könnte. Österreich unterstütze die Schweiz, «aber realistisch ist es nicht».

Es blieb unklar, ob die Aussagen als Absage Österreichs an das Projekt zu deuten sind oder ob sie nur missverständlich formulierte Bedenken des neuen Ministers waren. Zudem gab der österreichische «Kurier» eine positivere Aussage wieder: Faymann sei von der Idee «recht angehen», wenn auch eine Begrenzung der Fahrten derzeit am EU-Recht scheitern würde. In der Schweiz sorgten die Bemerkungen gleichwohl für Aufsehen. Vor kurzem hatte der Bundesrat entschieden, die gesetzliche Grundlage für das neue Lenkungsinstrument zu schaffen. In der Botschaft zum Güterverkehrsgesetz macht er den Erfolg der Verlagerungspolitik faktisch davon abhängig, dass gemeinsam mit den Nachbarländern eine Transitbörse zu

Stand kommt. Ein Ausscheren Österreichs käme also denkbar ungelegen, ist es doch der wichtigste Verbündete. Zudem hat Österreich dieses Jahr den Vorsitz des «Suivi de Zurich» inne, einer 2001 von der Schweiz ins Leben gerufenen Plattform, wo die Alpenländer Verkehrsprobleme diskutieren und Lösungen entwickeln.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (Astag) nutzte Faymanns Äusserungen umgehend aus. Die Bundesbehörden stellten die Transitbörse als das zentrale Instrument der Verlagerung dar. «Umso erstaunter ist der Astag, dass das Projekt

offenbar auch in den Nachbarstaaten mehrheitlich abgelehnt wird.» Der Astag fordert das Parlament deshalb auf, von der Transitbörse abzulassen und sie aus dem Güterverkehrsgesetz auszuklammern.

## Alpenländer beschliessen Prüfung

Allerdings könnte der Astag einer Presseente aufgesessen sein. «Wir haben keinen Anlass zu glauben, dass sich an der Haltung Österreichs etwas geändert hat», sagte André Simonazzi, Informationschef des Verkehrsdepartements. Im Gegenteil:

## Widersprüchliches Österreich

Wien. – Auf die Schweiz ist Fritz Gurgieser gar nicht gut zu sprechen. Eigenbrötler seien sie, schimpft der Tiroler, und «weit entfernt von einer Alpensolidarität». Gurgieser ist Chef des Transitforums, eines Vereins, der sich die Reduzierung des Transit-Strassenverkehrs im Alpenraum zum Ziel gesetzt hat. Von einer Transitbörse hält er trotzdem wenig. Genauer gesagt: Gar nichts. Dass SPÖ-Verkehrsminister Faymann die Idee für «nicht realistisch» hält, sei Anerkennung der Realität. In der EU sei keine Mehrheit zu bekommen, «im Binnenmarkt gelten andere Regeln», so Gurgieser: «Die neuen Mitgliedsländer wollen fahren, fahren, fahren.» Dass gerade österreichische Transitgegner so klar gegen die Transitbörse sind, wundert selbst die Politiker: In der

Tiroler Landesregierung hat man die Idee noch nicht abgeschlossen. Sie helfe, die Belastung auf der Strasse zu reduzieren, sagt der Sprecher von Landeshauptmann Herwig van Staat. Es gebe einen Beschluss des Landesauschusses der Regionen. Bloss: Schnell werde die Börse in der EU nicht durchzusetzen sein, das wissen selbst die Grünen – als einzige klare Befürworter. Mit einer Debatte von «mindestens fünf Jahren» rechnet die grüne Verkehrssprecherin Gabriela Moser. Bis jetzt wurde das Thema noch nicht einmal im Wiener Parlament behandelt. Kurzfristig will Österreich den Transitverkehr mit Nachfahrverboten und schärferen Kontrollen behindern. Verkehrsminister Faymann war zu einem Gespräch über die Alpentransitbörse nicht bereit. (bo)

Gerade gestern trafen sich die Alpenländer in Wien und beauftragten genau wie geplant eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Schweiz, Frankreichs, Italiens, Deutschlands, Österreichs und der EU damit, eine Machbarkeitsstudie zur Alpentransitbörse zu erarbeiten.

Auch SP-Nationalrat Andrea Hämmerle (GR) berichtete, dass die mitregierende SPÖ voll hinter der Transitbörse stehe. Bei einem Treffen von SPS-Vertretern mit der SPÖ im Mai habe sich gezeigt, dass beide Länder am gleichen Strick zögen, die SPS ausserhalb, die SPÖ innerhalb der EU.

## Erst seit Januar im Amt

Der Verein Alpeninitiative, der seit langem auf die Transitbörse hinarbeitet, sieht ebenfalls keine Distanzierung, weder Österreichs noch der EU. «Die Transitbörse steht im österreichischen Regierungsprogramm», sagte Geschäftsführer Alf Arnold. Österreichs Regierung erarbeite neue Strategien für mehr Kostenwahrheit im Güterverkehr, heisst es dort. Zusätzlich werde am Aufbau einer Alpentransitbörse mit den Nachbarn Österreichs gearbeitet. «Das sollte Verkehrsminister Faymann wissen», sagte Arnold. Auch der Zwischenbericht zum EU-Weissbuch Verkehr bezeichne eine Transitbörse als Instrument, das weiterverfolgt werde. Erklärbar seien Faymanns Äusserungen wohl nur dadurch, dass er erst seit Januar Verkehrsminister sei und vorher als Stadtrat für Wohnbau in Wien weit weg von den Alpen und der Verkehrspolitik war. «Er müsste sich aufdatieren lassen», sagte Arnold. Oder klarer kommunizieren.

## KREUZ & (VER)QUER



Weit liegt sie zurück, die Zeit der **Apartheid in Südafrika**. Jedenfalls wenn es nach dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) geht. Der abtretende Staatssekretär **Charles Kleiber**, der eben für ein Abschiedsreisli in Südafrika weilte, schreibt im SBF-Bulletin: «In den seit dem Ende der Apartheid vergangenen gut 25 Jahren hat sich Südafrika zu einem der aufstrebendsten Staaten Afrikas entwickelt.» 25 Jahre? 1982 herrschte in Südafrika schlimmste Rassentrennung, und hier zu Lande gründete **Christoph Blocher** die «Arbeitsgruppe südliches Afrika», die mit dem Apartheidregime sympathisierte. Der Staatssekretär hat sich um 12 Jahre vertan, gilt doch Mandelas Machtantritt von 1994 als Ende der Apartheid. Der Lapsus zeigt, wie man die Zeit, als die Schweiz dem Apartheidregime hoheitete, in weite Ferne rücken will. Und wie schlimm es um die Bildung in diesem Land stehen muss, wenn ein für Forschung und Bildung zuständiger Spitzenbeamter derart schlecht rechnet. (daf)

In ein und demselben Interview drehte **SP-Präsident Hans-Jürg Fehr** kürzlich in der Beilage «Walliser Bote extra» eine argumentative Pirouette. Seine SP, spielt er auf den SVP-Geissbock «Zottel» an, wolle «mit überzeugenden Leistungen an die Spitze – nicht mit Gags und Geissen». Diesem Grundsatz widerspricht er gleich selber, denn schliesslich steht der Wahlkampf auch bei der SP über allem. Darum sagt Fehr im gleichen Interview, zu welcher überzeugender Leistung er selbst aufricht. Fehr wird Ende Juni im Wallis einen Tag lang an einem **Kameltrekking** teilnehmen. Freilich gemeinsam mit SP-Leuten und zwecks **«Beziehungspflege»**. Das kann nicht schaden, denn auch im Wallis läuft die SP Gefahr, einen ihrer beiden Nationalratssitze zu verlieren. (mut)

«Wir sind weder liberal noch radikal, sondern **liberal-radikal**», steht im Communiqué, das die **Tessiner FDP** nach einer Sitzung der beiden zerstrittenen Parteiflügel publizierte. Man habe sich getroffen, um den Richtungsstreit in einen konstruktiven Dialog umzulenken, konnte man im «Corriere del Ticino» lesen. Viele Freisinnige, die genug von den **Hahnenkämpfen** zwischen den Parteigängern des Sopra- und des Sottoceneri haben, würden gerne daran glauben. Wenn da nur nicht auf derselben Seite der Zeitung der FDP-Distriktspräsident aus Lugano lautstark über Kantonalpräsident **Giovanni Merlini** herziehen würde. Dieser regiere die Partei oligarchisch und habe nach der Wahlniederlage vom April zu wenig Selbstkritik geübt, tönte es Richtung Sopraceneri, wo Merlini zu Hause ist. (len)

## Rubrikensrate

Autos/Nutzfahrzeuge	38
Bildung/Kurse	52
Boote	38
Büro/Multimedia	28
Erotik	50
Ferien/Reisen	28
Finanzen/Geschäfte	28
Immobilien Miete	40
Büro-/Gewerberäume Miete	42
Immobilien Kauf	32
Büro-/Gewerberäume Kauf	33
Kultur/Veranstaltungen	52
Kunst/Antikes	-
Marktplatz	27
Mitteilungen	18
Privatmarkt	51
Todesanzeigen	18
www-Adressen	28
Zweiräder	38
Impressum	21

Auskünfte Inserate, Tel. 044 248 41 11  
 Inseratenannahme:  
 Tel. 044 248 41 41, von 7.30 bis 18.00 Uhr  
 Fax 044 248 41 91  
 E-Mail: inserat@tamedia.ch  
 www.e-inserat.ch